



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/71 - 28. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:Seite:Zeilen:

1	<u>Neue Töne aus Genf</u> Keine Vereinbarungen, aber vorsichtiger Optimismus	43
2	<u>Was soll das, Herr von Brentano?</u> Zum Thema: Berliner Senatsvertreter in Genf	35
3 - 4	<u>John Hymä 60 Jahre</u> Ein Freund des demokratischen Deutschland Zu seinem Geburtstag am 4. April	65
5 - 7	<u>Keine "UNO-Krise" in den USA</u> Präsident Kennedy setzte sich durch Von unserem Korrespondenten in den USA	113
7	<u>Beachtliche Disziplin</u> FLN erweist sich als Ordnungsfaktor in Algerien	26

\* \* \*

Zur Beachtung:

Wir veröffentlichen in der Donnerstagsausgabe (29.3.1962) unseres Pressendienstes einen grundsätzlichen Artikel des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden,

Waldemar von Knoeringen,

zu den Problemen der Kultur- und Bildungspolitik in der Bundesrepublik.

"Kulturpolitik kommt in Bewegung"

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Neue Töne aus Genf

---

Keine Vereinbarungen, aber vorsichtiger Optimismus

sp - Die von vielen Beobachtern des internationalen Geschehens bereits abgeschriebene Genfer Ausserministerkonferenz scheint - nach den letzten Informationen zu urteilen - doch noch eine Chance zu haben, wieder in Gang zu kommen. Man hat sich zwar offiziell vertagt, trotzdem jedoch die "Arbeitsstäbe" in Genf gelassen, um bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen gleich diejenigen Punkte besprechen zu können, die in der ersten Phase angeblich einander angenähert werden konnten.

Die ganze Sache ist etwas konfus, um nicht zu sagen sehr undurchsichtig. Weder in den offiziellen Kommuniqués, noch in den mehr oder weniger offiziellen Verlautbarungen von Delegationssprechern wird klar gesagt, worauf sich nun eigentlich der besonders vom amerikanischen Ausserminister Dean Rusk angedeutete vorsichtige Optimismus stützt. Man sagt, "es gab etwas Fortschritt bei der Klärung der Punkte, in denen Übereinstimmung besteht, und denjenigen, in denen Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind".

Nur e i n e s ist aus diesem Teil des offiziellen Kommuniqués herauszulesen: die offensichtlich zwischen Ost und West sowie den neutralen Konferenzteilnehmern getroffene Vereinbarung, dass man weiterverhandeln will und sogar die Chance wittert, zu einem irgendwie gearteten Abkommen zu gelangen.

Unter den gegebenen Umständen ist das ohne Zweifel mehr, als der laute Abbruch-Knall bei der Pariser Gipfelkonferenz im Mai 1960. Nur hätte man, besonders in Deutschland, gern gewusst, welches nun eigentlich die Berührungspunkte sind, die man angeblich in Genf festgestellt haben will und die eine Grundlage für weitere Verhandlungen sein sollen.

Bemerkenswert sind jedoch zwei Vorgänge. E r s t e n s : man hat in Genf ganz offensichtlich darauf verzichtet, die letzten Vorschläge des Zonendiktators Ulbricht zur "Lösung" der Berlinfrage ernstzunehmen oder gar zu diskutieren. Z w e i t e n s : Ost und West haben in anerkennenden Worten zu verstehen gegeben, dass die Anwesenheit der Neutralen als ein Beitrag zur Entspannung mindestens der Konferenzatmosphäre gewertet werden darf.

Nur geistert in Genf stärker denn je das Wort vom "baldigen Gipfeltreffen" herum. Interessanterweise ist jedoch hierbei hauptsächlich von der Möglichkeit eines Treffens Chruschtschow-Kennedy die Rede, dem sich etwas später ein neues Ausserministertreffen anschliessen soll.

Hoffentlich ist die Bundesregierung so klug und unterrichtet die Parteien des Bundestages gründlich und rechtzeitig über die von den westlichen Freunden der Bundesrepublik zu erwartenden Schritte in der Berlin- und Deutschlandfrage. Immer noch ist die überwältigende Mehrheit unseres Volkes der Meinung, dass die grossen Schicksalsfragen der Nation g e m e i n s a m ihrer Lösung entgegengeführt werden müssen.

Was soll das, Herr von Brentano ?

Zum Thema: Berliner Senatsvertreter in Genf

sp - Es sei zu bedauern, in welcher Art der Berliner Senat diesmal einen eigenen Vertreter zu den Genfer Verhandlungen entsandt habe - das soll der frühere Bundesausserminister und jetzige Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag, Herr Heinrich von Brentano, in Berlin vor der Presse gesagt haben.

Wenn es schon erstaunlich ist, dass ein sonst so ruhiger Mann wie Herr von Brentano ausgerechnet einige Hundert Meter von der Schandmauer Ulbrichts entfernt mit dem Berliner Senat zu polemisieren beginnt, so muss man sich ausserdem noch fragen, ob der frühere Bundesausserminister plötzlich nicht mehr weiss, wie während seiner Amtszeit die Unterrichtung des Berliner Senats bei internationalen Konferenzen gehandhabt wurde. Unseres Wissens hat seit Jahren stets ein Vertreter des Berliner Senats, sei es als Beobachter, sei es als Delegationsmitglied an internationalen Konferenzen teilgenommen, sofern hierbei auch das Berlinproblem zur Debatte stand. Weiter: Man hat während der Amtszeit des damaligen Ausserministers von Brentano den Berliner Senat nicht nur informiert, sondern auch in einem ständigen Gedankenaustausch über den Sinn dieser oder jener Vorschläge zur Berlinfrage gestanden. Alle Welt hielt dies für eine Selbstverständlichkeit; niemand übte daran Kritik.

Es ist wirklich nicht anzunehmen, dass Herr von Brentano das alles nicht mehr weiss. Ist er etwa von seinem Nachfolger und Parteifreund, dem Bundesausserminister Schröder, nicht über die Vorgänge unterrichtet worden, die den Berliner Senat veranlassten, einen Beobachter nach Genf zu schicken? Oder weiss er vielleicht nicht einmal, dass dieser Beobachter der Neffe seines Parteifreundes, des Herrn Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, ist? Der Neffe, der den gleichen Namen wie sein Onkel trägt und der schon seit mehreren Jahren als Vertreter des Berliner Senats zu internationalen Konferenzen kommt?

Da muss doch irgendetwas schief gegangen sein! Denn, wie gesagt, Herr von Brentano geniesst den Ruf eines ruhigen Mannes, der selten aus der Rolle fällt. Oder sollte sich Herr von Brentano als Fraktionsvorsitzender plötzlich verpflichtet fühlen, in Berlin den "Wahlkampf" auf diese Weise zu beginnen?

Das wäre schade.

+ + +

John Hynd 60 Jahre

Ein Freund des demokratischen Deutschland  
Zu seinem Geburtstag am 4. April

F.S. - Als der Stubenmaler Henry Hynd während des ersten Weltkrieges zum Heeresdienst eingezogen wurde und in Palästina infolge einer Kriegsverletzung starb, hatte seine Frau die Versorgung und Erziehung von acht Kindern zu übernehmen. Der älteste Sohn John Burns musste mit 13 Jahren die Schule verlassen, um als Laufjunge zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Der Zufall wollte es, dass John einige Zeit später im Büro des Stationsvorstehers von Perth, seiner schottischen Heimatstadt, Anstellung fand.

Die britischen Eisenbahngesellschaften befanden sich während dieser Zeit im Privatbesitz; der junge Hilfsbeamte hatte also Gelegenheit, für die Verbesserung der Lebensbedingungen seiner Kollegen zu kämpfen. Als Hynd 1920 Mitglied der Labour Party wurde, arbeitete er bereits viele Jahre als ehrenamtlicher Funktionär in der Eisenbahnergewerkschaft; ihr Hauptvorstand berief ihn 1925 nach London. Seine Laufbahn begann sich abzuzeichnen, auf die er sich in Abendschulen und in Arbeiterbildungsinstituten auch theoretisch vorbereitete. Hynd beherrscht die deutsche, französische, spanische und italienische Sprache und gilt als aussenpolitischer Experte. Noch als Gewerkschaftssekretär nahm er an Konferenzen des Internationalen Arbeitsamts in Genf teil und unternahm Reisen ins Ausland, um die Arbeiterbewegungen der verschiedenen Länder kennenzulernen. Infolge seiner Kenntnisse wurde er während des Krieges einer der häufigsten Sprecher im Rundfunk, die regelmäßig besonders zur deutschen Widerstandsbewegung sprachen.

Anlässlich einer Nachwahl wurde er 1944 ins Parlament gewählt und vertritt seit dieser Zeit ununterbrochen den Wahlkreis Attercliffe in Sheffield. Ein Jahr später schon, nach Beendigung des Krieges und nachdem Attlee Regierungschef geworden war, betraute der Ministerpräsident John Hynd mit einem der wichtigsten Ämter: Hynd übernahm die ministerielle Verantwortung für die britische Zone in Österreich und Westdeutschland.

28 Millionen Menschen der britischen Zone hofften auf ihn. Wer denkt heute noch an diese schlimme Zeit, in der mitunter nur für 4 Tage Getreidevorräte vorhanden waren und Anfang 1946 nur 1050 Kalorien für den Einzelnen pro Tag bewilligt werden konnten? Wer denkt noch daran, dass die industriellen Unternehmungen nicht einmal die Gebrauchsgüter für die Menschen in der Westzone in ausreichendem Masse herzustellen in der Lage waren? Dass Grossbritannien Materialien und Millionenbeträge zur Verfügung stellte, für die eigene Bevölkerung dagegen zum ersten Male seit Kriegsausbruch Lebensmittelkarten ausgeben musste? Nicht zuletzt durch diese Hilfsmassnahmen geriet die Labourregierung in Schwierigkeiten. Ihre Mitglieder, besonders aber John Hynd, waren nicht nur der Kritik der eigenen Bevölkerung ausgesetzt, mit der auch Regierungen und Parlamente der Alliierten nicht zurückhielten. Hynd warnte erfolgreich vor Demontage und Reparationen, die er im Hinblick auf die Zukunft für falsch und gefährlich hielt.

\* Nur seiner unbeugsamen Energie und Überzeugungskraft, seinem \*  
\* von Humanität erfüllten Sozialismus war es zu danken, dass \*  
\* sich die Verhältnisse in der britischen Zone verbesserten. \*  
\* "Unsere Politik ist darauf abgestellt", so betonte Hynd \*  
\* schon 1946 vor der Unterhausfraktion Labours, "ein vereintes \*  
\* Deutschland zu schaffen, und sie wendet sich dagegen, das \*  
\* Land in vier separate Zonen zu teilen". \*

1947 konnte Hynd sein Amt mit der Genugtuung zur Verfügung stellen, dass er nicht nur Deutschland, Grossbritannien, sondern Europa und der Welt einen Dienst erwiesen hatte, den erst künftige Historiker in vollem Mass bewerten können. Er übernahm die Leitung des Pensionsministeriums, das zur damaligen Zeit ebenfalls einer schnellentscheidenden und verantwortungsbewussten Führung bedurfte.

Nach dem Ausscheiden Labours aus der Regierung war Hynd für einige Zeit Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Fraktion und ist bis heute u.a. auch Mitglied des Europarats. Er gründete und leitet die parlamentarische "Anglo-German Labour Group" und die deutsch-englische Gruppe im Unterhaus, der Mitglieder aller Parteien angehören. John Burns Hynd, der ehemalige Laufjunge, trägt die höchsten deutschen, österreichischen und französischen Auszeichnungen.

Keine "UNO-Krise" in den USA

Präsident Kennedy setzte sich durch

Von unserem Korrespondenten in den USA

Als Senator Henry Jackson im Plenum des amerikanischen Senats aufstand und die Regierung Kennedy kritisierte, sich in ihrer Außenpolitik viel zu sehr von der Weltorganisation der Vereinten Nationen leiten zu lassen, ihre eigene Politik viel zu sehr den Rücksichten auf die Weltorganisation unterordne und daß praktisch die amerikanische Delegation bei der UNO eine Art "zweites amerikanisches Außenministerium" geworden sei, - da horchte nicht nur ganz Amerika, sondern die ganze Welt erstaunt und aufmerksam auf. Henry Jackson ist nicht einer der "wilden Leute", die es im amerikanischen Kongreß - wie in jedem Parlament - nun einmal gibt und die kaum für irgend jemand sprechen als für sich selbst. Weit davon entfernt! Jackson ist Demokrat, ein Angehöriger des liberalen, fortschrittlichen, weltweit denkenden Parteiflügels, ein zukunftsreicher Mann der jüngeren Staatsmannsgeneration, ein alter treuer Freund Kennedys und Stevensons, vor zwei Jahren sogar einmal eine Zeitlang offizieller Parteivorsitzender, und da gibt natürlich die Kritik - die erste Kritik an Kennedys Außenpolitik aus den Reihen seiner eigenen engeren Gefolgschaft - viel zu denken.

Von Fulbright bis Jackson

Sie gibt umso mehr zu denken, als sie nicht allein dasteht. Vor etlichen Monaten veröffentlichte Senator William Fulbright, Vorsitzender der höchst einflußreichen außenpolitischen Senatskommission und genau wie Jackson ein jüngerer Mann des liberalen Flügels der Demokratischen Partei, einen Aufsatz in der Zeitschrift "Foreign Affairs", in dem er vorschlug, die freien Länder der Erde, mit ihren gemeinsamen politischen Ideen und Idealen, also wir allen die USA, Westeuropa, Lateinamerika, die Mitglieder des britischen Commonwealth, und so viele asiatische und afrikanische Länder wie möglich (Japan, Israel, Madagascar, die Philippinen u.a.) sollten sich gleichsam unter und neben der UNO zu einer "Atlantischen Union" zusammenschließen und miteinander gemeinsame konstruktive Fortschritts- und Aufbaupolitik betreiben, ungestört von sowjetischen und neutralistischen Obstruktionsversuchen: er wollte die UNO weder sprengen noch aus ihr herausgehen, aber er wollte ein praktisch brauchbares Substitut neben sie stellen. Diesem Vorschlag stimmte u.a. John McCloy zu, ehemaliger amerikanischer Hoher Kommissar in Deutschland, und auch Jackson bezog sich jetzt auf ihn.

Denkmalskrise als Symptom

Es gibt in Amerika ein paar alte unverbesserliche Isolationisten, die jeglicher internationaler Verpflichtung der Vereinigten Staaten nicht grün sind, und es gibt, zahlenmäßig sehr schwach, aber dafür mit umso größerer Lautstärke, ein paar Vereine und "Kampfbünde" auf der äußeren Rechten, denen in der Weltorganisation zu viele Kommunisten und Neutralisten sitzen und die am liebsten Amerikas sofortigen Austritt aus ihr fordern möchten. Aber davon abgesehen, hat sich die Weltorganisation

bei der übergroßen Mehrheit des amerikanischen Volkes durchgesetzt, und ihre Tätigkeit und Existenz werden im Prinzip gebilligt: die großen Streitfragen, die durchaus tief gehen, betreffen das Wie und Wieweit. Präsident Kennedy hatte sich verpflichtet, für die USA 100 Millionen Dollar der Anleihe zu zeichnen, die die Weltorganisation in Gesamthöhe von 200 Millionen beschloß, um solvent zu bleiben und die Kosten der Kongo-Operation zu decken, - und als die Bewilligung für diesen amerikanischen Anteil im Senat zur Debatte kam, stellte sich heraus, daß es keineswegs glatt ging, sondern, obwohl irgendeine Form finanzieller Hilfe allgemein anerkannt wurde, durchaus auf Hindernisse stieß. Die gesetzgebende Versammlung des Staates New York leistete sich sogar den Schildbürgerstreich, mit einer einzigen Stimme Mehrheit einen Beschluß zu verhindern, für Ex-Generalsekretär Hammarskjöld vor den Toren des UNO-Palastes ein bescheidenes Denkmal zu bauen. Freilich widerrief die Versammlung diesen unüberlegten Schritt am nächsten Tag und stimmte, nachdem auf eine Anzahl störrischer Republikaner ein bißchen Druck ausgeübt worden war, dann doch noch dem Denkmalsbau zu. Aber als Symptom war diese kleine Denkmalskrise doch recht aufschlußreich.

#### Kennedy bleibt "UNO-treu"

Präsident Kennedy und Staatssekretär Rusk haben demgegenüber einige sehr gute Argumente anzuführen, die ihr Verhalten rechtfertigen, und der Präsident hat Senator Jacksons Anregungen dann auch schnell verworfen - wenigstens in den großen Linien. Die Regierung Kennedy stützt sich in der Tat mehr auf die Weltorganisation und ist in ihrer Außenpolitik "uno-treuer" als vor ihr die Regierung Eisenhower; tatsächlich ist Amerika heute die einzige Großmacht auf Erden, die wirklich "uno-treu" ist. Die Sowjetunion betrachtet die internationale Organisation seit eh und je als ein Instrument, das man benutzt, wenn man sich davon Vorteile verspricht, und dessen Beschlüsse man als "illegal" bezeichnet und sabotiert, wenn sie einem gegen den Strich gehen. England und Frankreich waren loyale Mitglieder, bis das anti-koloniale Element in der Vollversammlung die Oberhand gewann; Frankreich wurde sehr passiv, im Augenblick, da die "antikoloniale Mehrheit" sich in den algerischen Konflikt einmischte, und England fand in der UNO-Aktion im Kongo mehr als ein Haar in der Suppe. Trotzdem zeichnete London einen erheblichen Beitrag zu der erwähnten UNO-Anleihe.

#### Afrika - USA

Dank dieser Haltung haben sich aber die Vereinigten Staaten einen nicht unerheblichen Stein im Brett bei den jungen afrikanischen und asiatischen Völkern sichern können. Das ist der tiefe Grund für Kennedys JNC-Politik. Will man verhindern, daß diese Länder gleichsam kampflos den Kommunisten in die Hände fallen, so muß man sich dort ihnen nähern, wo sie am liebsten das diplomatische Parkett betreten, nämlich im New Yorker Glaspalast. Will man zwischen Indonesien und Holland in der Neu-Guinea-Frage vermitteln, will man die Position der relativ gemäßigten und relativ Sympathie einflößenden Kongoregierung Adoula stärken, will man in Nigieren und Tanganyika und anderswo die demokratischen Kräfte stärken, und will man Chruschtschows Propagandaaufmärsche durchkreuzen, dann muß Amerika seine uno-treue Politik beibehalten, auch wenn man damit gelegentlich alten Freunden wie Holland und Frankreich oder,

besonders drastisch, Portugal, wehtun mußte.

Es gibt viele gute Gründe, warum Amerika de Gaulles endliche Herbeiführung des Waffenstillstandes in Algerien so enthusiastisch und erleichtert begrüßte. Einer davon war zweifellos, daß damit einer der kritischen Anlässe wegfiel, an denen Amerika immer wieder zwischen der Loyalität zum treuen Verbündeten und seinem Prestige bei den antikolonialen jungen Völkern Afrikas zu wählen oder geschickt zu lavigieren hatte. Und weil die Länder des "afro-asiatischen Blocks" in ihrer überwiegenden Mehrheit Senator Fulbrights Idee einer "atlantischen Union der Gleichgesinnten" ablehnen würden, - darum zieht Präsident Kennedy vor, "Untreu" zu bleiben und den Kampf gegen den kommunistischen Druck weiterhin auf dem heiklen und schlüpfrigen und keinesfalls immer Erfolg garantierenden Parkett der Vereinten Nationen auszutragen.

Manche von Amerikas europäischen Freunden mögen diese Entscheidung des Weißen Hauses bedauern, und manch einer hätte vielleicht gewünscht, daß Kennedy sich fortan mehr nach den Ideen Fulbrights, McCloy's und Jacksons richten möge. Aber im Augenblick ist die Entscheidung in der entgegengesetzten Richtung gefallen; aus konkreten politischen Gründen, die man vielleicht nicht restlos billigen mag, die man aber zweifellos ehrlich respektieren muß.

+ + +

#### Beachtliche Disziplin

sp - Die schrecklichen Ereignisse in Algerien, der Kampf der regulären französischen Armee gegen die OAS-Abenteurer, löst in Frankreich tiefste Bestürzung aus. Ganz eindeutig steht aber die öffentliche Meinung Frankreichs auf seiten der Regierung; sie verurteilt entschieden diejenigen Franzosen in Algerien, die nicht begreifen wollen, dass nach dem Waffenstillstandsabkommen nur noch eine Politik der Befriedung möglich ist.

In dieser Situation hat sich die FLN, die algerische Befreiungsfront und ihre Armee, als einer der entscheidenden Ordnungsfaktoren in Algerien erwiesen. Früher häufig geäußerte Befürchtungen, die provisorische Regierung Algeriens werde möglicherweise nicht in der Lage sein, Waffenstillstandsvereinbarungen mit der französischen Regierung einhalten zu können, weil die radikalen Elemente der FLN den Krieg auf eigene Faust weiterführen, haben sich bis zur Stunde als gegenstandslos erwiesen. Seit dem Tag des Waffenstillstandsabkommens ist nicht ein einziger Akt der Disziplinlosigkeit auf seiten der FLN in Algerien oder in Frankreich bekanntgeworden. Auch der Einfluss der provisorischen Regierung Algeriens auf die Zivilbevölkerung scheint in jeder Beziehung gesichert zu sein. Alle Appelle der FLN-Leitung an die Algerier, nunmehr in Ruhe die weitere Entwicklung abzuwarten, Disziplin zu halten und auf keine Provokation einzugehen, sind befolgt worden.

Dieser Tatbestand ist deswegen so bedeutsam, weil er gleichzeitig jenen französischen Politikern die Argumente aus der Hand nimmt, die immer behauptet hatten, die FLN werde von "unkontrollierbaren, zum Teil sogar kommunistischen Elementen gesteuert", und man könne den Algerienkrieg nicht beenden.

+ + +